

PEKING+15

FRAUENRECHTE UND GESCHLECHTERGLEICHHEIT 15 JAHRE NACH DER 4. WELTFRAUENKONFERENZ IN PEKING

**Ein Überblick über Bilanzen und Debatten bei der 54. Sitzung der
Frauenrechtskommission**

Von Christa Wichterich

1) Zusammenschau von 5 UN-Regionalberichten über die Umsetzung der Aktionsplattform

Stillstand so weit das Auge reicht

Der Bilanzprozess 15 Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking begann – wie bei Peking+5 und Peking+10 - mit nationalen Umsetzungsberichten der Regierungen. Regionalbüros der Vereinten Nationen fassten diese Länderberichte zu fünf Regionalberichten zusammen, die bei vier regionalen Konferenzen diskutiert wurden¹. Diese Konferenzen bereiteten die 3. Peking Bilanzsitzung der Frauenrechtskommission (*Commission on the Status of Women*) vor, die vom 1.-12. März in New York stattfand.

Es tagten

- *Economic Commission for Europe*, 2./3. November 2009 in Genf
- *Economic Commission for Africa*, 16.-20. November 2009 in Banjul, Gambia
- *Economic and Social Commission for Western Asia*, 21.-23. Oktober 2009 in Beirut, Libanon
- *Economic and Social Commission for Asia and the Pacific*, 16.-18. November 2009 in Bangkok, Thailand

Die *Economic Commission for Latin America and the Caribbean* wird erst im Juli 2010 auf ihrer nächsten Vollversammlung über die Peking-Bilanz diskutieren.

Im Jahr 2000 hatten die Regierungen über Umsetzungsstrategien und -pläne und vom Aufbau von Gleichstellungsstellen und –mechanismen in der Verwaltung berichtet. 2005 lag das Schwergewicht auf Gesetzesänderungen, mit denen sie bürgerliche und politische Rechte von Frauen stärken und sie vor Gewalt schützen wollten. Insgesamt lautete die Bilanz: es gibt Fortschritte, vor allem im Bildungs- und Beschäftigungssektor, aber es bleibt noch viel zu tun, um Geschlechtergleichheit zu erreichen.

Die fünf Regionalberichte, die nun nach 15 Jahren von den UN-Regionalbüros aus den Einzelberichten der Länder zusammengestellt wurden, strahlen vor allem Ernüchterung aus. Die Muster der Berichterstattung wiederholen sich. Die Regierungen identifizieren Fortschritte und bedauern Defizite. Als größtes Problem nennen sie die Umsetzungslücke: Gesetze, die auf Geschlechtergleichheit und Frauenrechte zielen, werden nicht in gesellschaftliche Praxis umgesetzt, politische Programme und Willenserklärungen übersetzen sich nicht in wirkliche Veränderungen im Leben von Frauen. Lediglich aus dem

¹ http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/regional_review.html

Bericht über Lateinamerika und die Karibik spricht eine Zufriedenheit über das in den vergangenen 15 Jahren Erreichte.

Ganz oben auf der Agenda stand 1995 das Thema Frauenarmut. Während Lateinamerika eine Reduktion von Frauenarmut verbucht, lautet das bittere Ergebnis für Afrika, dass „es bisher keine Anzeichen gibt, dass die existenten Politiken und Strategien die Feminisierung der Armut in Afrika beenden konnten“. Die meisten Länder hatten auf Mikrokredite als Wundermittel zur Armutsbekämpfung gesetzt. Die Kleinkredite helfen, unmittelbare Engpässe in den Haushalten zu überwinden. Sie reichten aber nicht zum ökonomischen Empowerment der Frauen und öffnen wenig neue Einkommensmöglichkeiten jenseits traditioneller Tätigkeiten wie Nähen und Kochen. Zwar sind Frauen überall in Afrika höchst aktiv am Wirtschaftsleben beteiligt und sichern damit das Überleben. Auf der Ebene wirtschaftlicher Entscheidungsmacht sind sie jedoch völlig unterrepräsentiert und von Steuer-, Handels- und anderer Wirtschaftspolitik ausgeschlossen. Überall sind Frauen die Hauptakteurinnen in Armutsbekämpfungsprogrammen. Das vergrößert ihre zeitliche und Arbeitsbelastung, heißt aber nicht zwangsläufig, dass die Programme gendersensibel sind.

Frauen in der Wirtschaft war ein Themenschwerpunkt der Gleichstellungsbemühungen in Europa. Dabei ist eindeutig, dass Frauen einem besonderen Armutsrisiko wegen ihrer hohen Belastung durch unbezahlte Familien- und Sorgearbeit, ihrer geringeren Erwerbsbeteiligung und der Konzentration in geringbezahlter und prekärer Beschäftigung unterliegen. Zwar gelang es in der Boomphase der Globalisierung häufig, die „Beschäftigungsfähigkeit“ und die tatsächliche Beschäftigungsrate von Frauen zu erhöhen und die Barrieren für junge Unternehmerinnen abzusenken. Doch das Instrumentarium, um Armut, das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, die Marktsegmentierung und das Vereinbarkeitsproblem durch die Einbeziehung von Männern zu reduzieren, ist offenbar nicht ausreichend oder ungeeignet, um einen Ausgleich zu schaffen. Vielmehr droht die Krise, die Fortschritte wieder umzukehren.

Es hat sich gezeigt, dass Wirtschaftswachstum keineswegs automatisch Geschlechtergleichheit erzeugt. Die weltweit höchsten Wachstumsraten in Süd- und Ostasien gehen einher mit der weltweit größten Zahl von Armen, hohe Beschäftigungszahlen von Frauen in der Region gehen einher mit dem größten Lohngefälle zwischen Männern und Frauen. Die Lohnlücke in Australien ist gewachsen, die Beschäftigung von Frauen in Südost- und Ostasien ist bereits wieder rückläufig.

Bildung gilt als Erfolgsbereich in Sachen Gleichstellung, die Alphabetisierungsrate von Mädchen und Frauen konnte verbessert werden. In Lateinamerika und der Karibik haben junge Frauen sogar auf der Sekundar- und Tertiärstufe junge Männer überholt. Schulabgänger sind dort im Unterschied zu anderen Regionen mehrheitlich männlich. Allerdings zahlt sich mehr Bildung auch für Lateinamerikanerinnen nicht automatisch in guten Jobs und Einkommen aus, weil sie in frauenspezifischen Ausbildungsgängen vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich konzentriert sind.

Ein Haken bei der Messung von Bildungserfolgen sind allerdings die Indikatoren. Wo Geschlechtergleichheit - wie bei den Millennium Entwicklungszielen - an Parität bei der Einschulung abgelesen wird, sagt dieser Indikator nichts darüber aus, wieviel Prozent einer Altersgruppe eingeschult werden (Gleichheit kann es auch auf niedrigem Niveau geben). Um Bildungserfolg zu messen, wäre ein wichtigerer Indikator, wieviele der Eingeschulten

eine Schulstufe beenden. Außerdem stehen die relativen quantitativen Fortschritte in Afrika und Asien im Kontext einer kontinuierlichen Verschlechterung der Bildungsqualität.

Auch das Instrument des Gender Mainstreaming, das seit der Peking-Konferenz als Königinnenweg der Gleichstellung gehandelt wurde, ist an seine Grenzen gestoßen. Im Gesundheitsbereich kann es helfen, besonderen Frauenbedürfnissen und –problemen gerecht zu werden. Neuerdings ist jedoch in vielen Ländern die Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen das Hauptzugangshindernis von Frauen, weil medizinische Versorgung dadurch für sie unbezahlbar wird. Daran aber ändert ein Mainstreaming-Ansatz nichts. Dies ist einer der Gründe dafür, dass die hohe Müttersterblichkeit in Asien, Afrika und Lateinamerika immer noch nicht signifikant gesenkt werden konnte.

Erstaunlich ist auch, wie wenig das große Themenfeld Umwelt „gegendert“ wurde. Der für viele Länder überlebensrelevante Klimawandel ist weitgehend ein blinder Fleck auf der Gender-Landkarte geblieben.

In der Politik wächst die Partizipation von Frauen nur sehr langsam. Zwar gibt es überall Ausnahmefrauen: die erste Regierungschefin Afrikas in Liberia, drei Präsidentinnen in Lateinamerika. Allerdings zeigt sich, dass Quoten als Hilfsmittel für eine Gleichstellung bei weitem nicht ausreichen. In vielen Ländern Afrikas und in arabischen Ländern werden Quoten einfach ignoriert oder von Alibi-Frauen wahrgenommen, sodass sich der Anteil von Frauen an politischer Macht nicht signifikant verbesserte.

Anders als vor 15 Jahren behandeln Regierungen in den meisten Ländern Gewalt gegen Frauen als Schwerpunktthema. In Lateinamerika wurde kürzlich bereits die dritte Generation von Gewalt-Schutz-Gesetzen verabschiedet, obwohl Gesetze aus den 1990er Jahren noch nicht umgesetzt sind. Djibouti, Ägypten und Yemen haben Genitalverstümmelung gesetzlich verboten, der Libanon hat Ehrenmorde kriminalisiert.

In diesem und vielen anderen Bereichen bieten Frauenorganisationen Betroffenen Unterstützung und Schutz an und entlasten damit den Staat. So würdigen denn auch die UN das Engagement von Frauenorganisationen. Sie sind weiterhin eine zentrale treibende Kraft für die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform, sie üben Druck auf die Regierungen aus und übernehmen - häufig auch ehrenamtlich - öffentliche Aufgaben, während es den staatlichen Gleichstellungsstrukturen meist an finanzieller und personeller Ausstattung fehlt, um durchsetzungsfähig zu sein. Ohne die NGOs würde die Bilanz erheblich schlechter ausfallen.

Zudem trocknet die globale Krise derzeit sowohl nationale Gleichstellungsmaßnahmen als auch die Millennium Entwicklungsziele aus und verschlechtert damit die Aussichten für Frauenrechte und Geschlechtergleichheit. Allerdings nutzen Regierungen die Krise auch manchmal als Killerargument, um die eigene Handlungsschwäche zu rechtfertigen. Ähnlich wird das Fehlen von geschlechtsdisaggregierten Daten nunmehr seit Jahrzehnten als Entschuldigung dafür angeführt, dass Regierungen keine geschlechtergerechten Programme planen und keine konkreten Bestandsaufnahmen leisten können.

Die immer wieder in den Berichten konstatierte Umsetzungslücke wird auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. Obwohl die Peking-Konferenz einen Boom der Indikatoren- und Instrumentenentwicklung und eine Orientierung auf Effektivität auslöste, wird häufig ein

Mangel an effektiven Instrumenten zur Beseitigung von Diskriminierung und pro-aktiver Gleichstellung verantwortlich gemacht, oder aber auf fehlende Statistiken und Indikatoren verwiesen, die zielgerichtete politische Interventionen möglich machen würden. Das zeigt, dass die eingeschlagenen Strategien unzureichend sind, um die Beschlüsse der Peking-Konferenz umsetzen.

Ein anderer Grund für mangelnde Fortschritte, auf den vor allem der Bericht zum Nahen Osten und den arabischen Ländern verweist, sind „negative kulturelle Traditionen“, gegenüber denen die Regierungen machtlos erscheinen, oder aber auch Gesetze z.B. im Rahmen von Familienrecht, die Diskriminierung von Frauen und Gewalt gegen sie immer noch erlauben. Im Regionalbericht zu Afrika werden Zweifel am politischen Willen einiger Regierungen geäußert, im Regionalbericht zu den arabischen Ländern wird deutlich, dass die Umsetzung der Aktionsplattform von Peking keinerlei politische Priorität genießt. Sudan und Somalia sind – neben den USA – die Ausnahmeländer, die immer noch keine Anstalten machen, die Frauenrechtskonvention CEDAW zu ratifizieren.

Inzwischen zeigen alle Erfahrungen mit der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking: kein Fortschritt erfolgt automatisch, sondern es gehören politischer Wille, finanzielle Mittel und ein angemessenes technisches Instrumentarium dazu. Veränderungen sind zäh und nicht gesichert. 15 Jahre nach der Peking-Konferenz wissen die Regierungen das nur zu gut. Aber ihre Berichte enthalten keine neuen Konzepte, Strategien und auch keinen neuen Schwung. Genau das – dies bemerkt die ECE - wäre aber vonnöten, wenn es mit Geschlechtergleichheit und Frauenrechten wirklich noch einmal signifikant vorwärts gehen soll.

Schatten- & Alternativberichte

NGOs und Frauennetzwerke legten nationale, regionale und gruppenspezifische Schattenberichte zu den Regierungsberichten vor, in dem sie einen kritischen Blick auf den politischen Willen, die Handlungs- und Finanzierungsbereitschaft der Regierungen werfen. Die 14 alternativen Berichte² sind:

- Länderspezifisch: FEMNET für Kenia, NETRIGHT für Ghana, Marokko, Frankreich, Nepal, Mauritius, Schottland, 2 Alternativberichte zu Japan
- Regional: European Women`s Lobby für die EU, WiLDAF für West-Afrika, Alliance for Arab Women
- Global: International Alliance of Women
- Gruppenspezifisch: Witwen (WPD – Widows for peace through democracy)

Das wichtigste regionale NGO-Vorbereitungstreffen war das Asia-Pacific-NGO Forum, das vom 22.-24.10.2009 in Quezon City, Philippinen, mit dem Titel „Weaving Wisdom, Confronting Crises, Forging the Future“ stattfand und eine umfangreiche Abschlusserklärung verabschiedete.³

² <http://ngocswny.wordpress.com/shadow-reports/>

³ <http://apww.isiswomen.org>

2) GEAR – eine neue institutionelle Gender-Architektur bei den UN

Seit Jahren wird bei den Vereinten Nationen, aber auch in internationalen Frauennetzwerken über eine neue Architektur für Geschlechtergleichheit (GEAR) bei den UN diskutiert. Mehr als 400 NGOs und Frauennetzwerke starteten ein GEAR-Kampagne, die eine Lobbygruppe in New York hat, aber auch regionale Koordinierungsstellen. Seit 2006 bildete sich ein Konsens, dass eine konsolidierte „Gender-Einheit“ geschaffen werden soll, in der die bestehenden vier Gender-Organisationen und -büros bei den UN zusammengelegt werden, nämlich der Entwicklungsfonds für Frauen (UNIFEM), die Abteilung für Frauenförderung beim UN-Sekretariat, die der CSW zuarbeitet (DAW), das Büro der Sonderberaterin für Genderfragen und Frauen-Empowerment (OSAGI) und das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut für Frauenförderung (INSTRAW). Diese Institution soll Kräfte bündeln und Synergien erzeugen, um der Frauen- und Geschlechterpolitik bei den UN eine neue Bedeutung und neuen Schwung zu geben, nachdem sie in den vergangenen Jahren an Aufmerksamkeit verloren hat.

Am 14.9.2009 gab die UN-Vollversammlung mit einer Resolution grünes Licht für den Aufbau dieser neuen Gender-Organisation. Sie soll als ein Unterorgan der Vollversammlung arbeiten und dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) berichten. Die Leitungsposition soll hochrangig in der UN-Hierarchie angesiedelt werden, d.h. die Chefin der Gender-Einheit würde Untergeneralsekretärin unmittelbar unter dem Generalsekretär. Die Institution soll normative und operative Funktionen zu Geschlechtergleichheit und Frauen-Empowerment verbinden.

Die Struktur dieser Institution, ihre finanzielle Ausstattung und die Besetzung der hochrangigen Stelle müssen allerdings noch ausgehandelt werden. UN-Chef Ban Ki-Moon hat ein Jahresbudget von 500 Millionen US-Dollar vorgeschlagen. Davon sollen 125 Millionen Dollar Startkapital für die Büros in New York und in den Regionen sein, 375 Dollar sollen in die länderspezifischen Programme fließen. Das liegt zwar über dem bisherigen Budget der vier Gender-Organisationen in den UN, die insgesamt etwa 221 Millionen Dollar aus dem regulären UN-Haushalt und durch freiwillige Beiträge zur Verfügung hatten – weniger als ein Prozent des jährlichen UN-Haushalts von 27 Milliarden US-Dollar. Doch die NGO-GEAR-Kampagne fordert ein Minimum von einer Milliarde US-Dollar für die Aufbauphase der Institution, um eine funktionsfähige Ausstattung zu gewährleisten. Die Organisation soll in sechs regionalen UN-Zentren und in 80 Staaten die bestehenden UNIFEM-Stellen übernehmen, und dort mit 760 UN-MitarbeiterInnen und weiteren 600 lokalen Kräften arbeiten.

Es bestand die Hoffnung, dass die Pläne für die neue Gender-Organisation während der 54. Sitzung der Frauenrechtskommission konkretisiert und Kandidatinnen für den Leistungsposten benannt werden würden. Einige NGOs drängten auf die Ernennung einer Leiterin, um den gesamten Prozess zu beschleunigen.

<p>Für das globale Militärbudget von 1 464 000 000 000 US Dollar im Jahr 2008 könnte</p> <ul style="list-style-type: none">• 2928 Jahre lang die geplante Gender-Einheit bei den UN oder• 700 Jahre lang das reguläre Budget der UN <p>finanziert werden.</p>
--

3) 54. Sitzung der Frauenrechtskommission (CSW)

Verhandlungen und Ergebnisse

Die Peking+15-Bilanz fand im Rahmen der regulären zweiwöchigen Sitzung der Frauenrechtskommission vom 1.-12 März 2010 in New York statt. Schwergewicht sollte der Austausch von Erfahrungen und „good practices“ sein mit dem Blick darauf, wie verbleibende Hindernisse und neue Herausforderungen, einschließlich der Millennium Entwicklungsziele, bewältigt werden können. Im Jahre 2000 war für die Peking+5-Bilanz noch eine Sondergeneralversammlung einberufen worden. Dagegen bedeutet die Beschränkung von Peking+10 und +15 auf die FRK, die einen niedrigen Status in der UN-Hierarchie hat, eine Abwertung des Peking-Prozesses.

Am zweiten Tag der Sitzung verabschiedete die Frauenrechtskommission einmütig und ohne Diskussion die bereits zuvor beschlossene Abschlusserklärung. Diese Deklaration⁴

- bestätigt die Aktionsplattform von Peking,
- begrüßt Fortschritte und verspricht weitere Bemühungen um die Umsetzung,
- unterstreicht, dass die Umsetzung der Aktionsplattform Voraussetzung für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele ist,
- anerkennt, dass die Umsetzung der Aktionsplattform und die Frauenrechtskonvention sich wechselseitig bestätigen und
- fordert die UN, internationale und regionale Organisationen und alle zivilgesellschaftlichen Segmente, einschließlich NGOs auf, sich für die Umsetzung der Aktionsplattform zu engagieren.

Die Tatsache, dass der Wortlaut dieser Erklärung identisch ist mit der Erklärung zu Peking+10 im Jahr 2005, macht den Stillstand der Verhandlungen deutlich. Einige Länder hatten darauf gedrängt, einen Paragraphen zur geplanten neuen Gender-Einheit der UN in die Deklaration aufzunehmen, scheiterten jedoch. Dass die Erklärung bereits zu Beginn der diesjährigen FRK-Sitzung beschlossene Sache war und nicht mehr zur Diskussion stand, signalisiert eine neue Intransparenz. Seit zehn Jahren wird dieser Stillstand damit begründet, dass jede „Öffnung“ des Peking-Dokuments aufgrund der reaktionären Positionen vieler Regierungen lediglich Rückschritte bringen würde. Bisher kam es durch das Ende der Bush-Ära bzw. die Obama-Administration noch nicht zu einer spürbaren Verschiebung der Kräfteverhältnisse.

Gleichzeitig sind die Länder des Südens erneut hochsensibel gegenüber möglicher Konditionalisierung finanzieller Mittel, nachdem Unterstützungsnahmen in der Krise z.B. vom Internationalen Währungsfonds erneut an Bedingungen gebunden wurden. So blockieren einige Länder des Südens Fortschritte, weil sie fürchten, Frauenrechte könnten als neue Konditionalität eingeführt werden. Dies ist – neben konservativ und religiös motivierten Widerständen – ein weiterer Grund für die Probleme bei der Konsensfindung.

⁴ <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/outcomes.html>

Außer der Deklaration wurden sieben Resolutionen verhandelt und am letzten Tag angenommen⁵, nämlich zu

- der neuen Gender Einheit bei den UN
- weiblicher Genitalverstümmelung
- Frauen, Mädchen und HIV/AIDS
- Müttersterblichkeit
- dem wirtschaftlichen Empowerment von Frauen,
- Geiselnahme von Frauen und Kindern in bewaffneten Konflikten
- Frauen in Palästina

Die neue Gender Einheit war das einzige wirkliche Novum. Die dazu von 18 Ländern eingebrachte Resolution ist jedoch denkbar knapp: in einem einzigen dünnen Satz bestätigt sie lediglich die Zusammenführung der vier bestehenden Büros in eine Einheit unter der Leitung einer Unter-Generalsekretärin und begrüßt die Implementierung der neuen Institution. Ein Formulierungsvorschlag „so schnell wie möglich“ konnte sich nicht durchsetzen.

Zu den anderen sechs Themen verabschiedet die Frauenrechtskommission immer wieder oder sogar jährlich eine Resolution, meist mit nur graduellen Verbesserungen und Ergänzungen. Die Ursache dafür liegt in politischen Pattsituationen oder aber bei allen Themen, die reproduktive und sexuelle Rechte von Frauen berühren, in der seit Jahrzehnten andauernden Kontroverse zwischen konservativen und religiösen Kräften und liberalen und fortschrittlichen Staaten. In der EU blockiert Malta jeden Fortschritt, häufig assistiert von Polen und Irland. Dem stehen die skandinavischen Länder, die Niederlande und Belgien mit progressiven Positionen auch zu LGBT-Rechten (Lesbian, Gay, Bisexuel, Transgender) als Gegenpol gegenüber. So sind die Sexualaufklärung von Jugendlichen und die Selbstbestimmungsrechte von Frauen über ihren Körper bzw. ein Recht auf Abtreibung ein dauerhafter Streitpunkt bei den Resolutionen zu HIV/AIDS und Müttersterblichkeit.

Die Resolution zum ökonomischen Empowerment von Frauen ist gegenüber früheren Resolutionen zu dem Thema verbessert: sie nimmt den vor einigen Jahren von der Bush-Regierung eingebrachten Fokus auf „Beschäftigungsfähigkeit“ der Einzelnen und auf Förderung von Unternehmertum zurück, setzt einen Akzent auf Armutsbekämpfung, die Krisen bzw. die Konjunkturmaßnahmen und soziale Sicherungsnetze, übt vorsichtig Kritik an Strukturanpassungsmaßnahmen und verknüpft Sozial- und Wirtschaftspolitik. Allerdings hält sie an der Überbewertung von Mikrokrediten als Mittel der Armutsbekämpfung fest, und ein systematischer Bezug auf makro-ökonomische, z.B. handelspolitische Strukturen fehlt immer noch.

Die Einschätzungen von Auseinandersetzungen, aber auch von Fortschritten hängt von den jeweiligen Positionen der Delegationen und dem Engagement und der Erfahrung Einzelner ab. Während die dänische Delegation überlegte, wie der EU-Block in kleinere like-minded Gruppen aufgespalten werden könnte, und Eva-Britt Svensson, die schwedische Leiterin der Gleichstellungskommission des EU-Parlaments, von einem „Gipfel der Ernüchterung“ sprach, war der deutsche Delegationsleiter, Staatssekretär Hermann Kues (CDU) aus dem Familienministerium, höchst zufrieden mit den Fortschritten seit der Peking-Konferenz und den „immer aufgeschlosseneren Diskussionen“. In einer Reihe von Delegationen saßen

⁵ <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/outcomes.html>

auch junge VerwaltungsmitarbeiterInnen oder Ministerielle, die nicht am Peking-Prozess beteiligt waren, Frauenrechte als eher technische Angelegenheit betrachten, langwierige Verhandlungen scheuen und an schnellen Beschlüssen interessiert sind. Dagegen stellte der junge norwegische Minister für Gleichstellung Audun Lysbakken als Modell für politischen Willen ein Gesetz vor, das 40 % Frauen im Vorstand von börsennotierten Unternehmen vorschreibt und kommentiert schnörkellos: „Investitionen in Gleichheit sind Investitionen in Wirtschaftsleistung,“ und „Als männliche Politiker haben wir eine kollektive Verantwortung, Bewusstsein und Einstellungen in der Gesellschaft zu ändern.“

Runde Tische und interaktive Podiumsveranstaltungen

Im Rahmen der 54. FRK-Sitzung fanden mehrere Runde Tische und interaktive Podiumsveranstaltungen zwischen Regierungsdelegierten, VertreterInnen von UN-Organisationen, von Wissenschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen statt⁶. Im Zentrum stand die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform im Kontext der Millennium Entwicklungsziele und der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit Jahren werden folgende Formeln - jeweils leicht aktualisiert - wiederholt: Fortschritte wurden bei der Umsetzung gemacht, aber sie sind langsam und ungleich im Vergleich der Länder. Es besteht eine mangelnde Kohärenz zwischen der Umsetzung der Aktionsplattform und der MDGs. Dringend müssen bessere Mechanismen und Instrumente entwickelt werden, um Staaten und andere Akteure in die Verantwortung für Geschlechtergleichheit zu nehmen. Dazu gehören geschlechtsdifferenzierende Daten und Indikatoren, Gender Analysen und Gender Budgeting, Quoten für die Beteiligung von Frauen an ökonomischer und politischer Entscheidungsmacht wie auch an Konfliktlösungen und Friedensprozessen, und die Institutionalisierung von Kooperation und Abstimmung zwischen Ministerien, Regierungen und verschiedenen UN-Organisationen sowie zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Zunehmend häufig wird gefordert, dass durch politische Maßnahmen wie Elternzeit eine stärkere Beteiligung von Männern an unbezahlter Sorgearbeit gefördert und soziale Sicherungsnetze auf Gruppen ausgedehnt werden müssen, die bisher ausgeschlossen waren wie informell arbeitende Frauen und Hausangestellte. Kernelemente von Armutsbekämpfungsmaßnahmen wie auch von Konjunkturpaketen in der Krise sollen Vollbeschäftigung, „decent work“ und Verfügung von Frauen über produktive und finanzielle Ressourcen sein.

Am Ende aller Debatten wurden hohe normative und operative Erwartungen an die geplante Gender Einheit bei den UN formuliert, die dies alles koordinieren und richten soll, vorausgesetzt sie verfügt denn einmal über eine „ehrgeizige“ Finanzierung. Für die UN wird dies zunehmend zu einer Frage der Glaubwürdigkeit. Von der Schaffung und der finanziellen und personellen Ausstattung dieser Stelle scheint es im Augenblick abzuhängen, ob die UN ihre Rolle als Sachwalterin von Frauenrechten aufrechterhalten kann und auch in Zukunft ein Forum bleibt für die internationalen Auseinandersetzungen um Geschlechtergleichheit und Frauenempowerment.

PS

⁶ <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/ievents.html>

Zufällig gab UN-Chef Ban Ki-Moon am 12. März, dem letzten Sitzungstag der CSW, die Zusammensetzung einer neuen UN-Beratergruppe zur Finanzierung des Klimawandels (CCF) bekannt: eine 19-köpfige Männerrunde. Keine einzige Frau fand sich auf der Liste. Nach heftigen Protesten von NGOs wurde die französische Finanzministerin Christine Lagarde nachnominiert. Diese blamable, aber für Finanzierungsfragen und Makro-Ökonomie typische Ignoranz wirft erneut ein Schlaglicht darauf, wie ernst die UN es mit der Gender-Balance meinen.

4) NGOs oder: Wem gehört der Peking-Prozess?

8000 Vertreterinnen von Frauenorganisationen aus aller Welt hatten sich registriert, um an den Peking+15-Veranstaltungen in New York teilzunehmen. Sie trafen auf eine Vielfalt längst überwunden geglaubter Probleme und auf die Tatsache, dass es immer noch keine gesicherten Formen der Partizipation und Kanäle zur Einflussnahme auf Entscheidungen gibt. Im Gegenteil: in diesem Jahr war dies in New York noch weniger möglich als zuvor.

Siebenstündige Wartezeiten bei der Registrierung, Zugangsbeschränkungen zu vielen Veranstaltungen und zu kleine Räumlichkeiten wegen UN-Renovierung wirkten zusammen mit den intransparenten Verfahren und der vorgefertigten Abschlusserklärung der CSW wie ein Versuch, die NGOs zu demotivieren. „Wir fühlen uns und unsere Anliegen missachtet“, schrieben Vertreterinnen internationaler Gewerkschaften in einem Protestbrief an den UN-Generalsekretär.

Die starke Präsenz z.B. von Afrikanerinnen zeigte, dass die Aktionsplattform von Peking vor allem in Ländern des Südens immer noch als Berufungsgrundlage und normative Richtlinie für Regierungsverantwortung dient. Die Frauen – Aktivistinnen, NGO-Vertreterinnen, Wissenschaftlerinnen - die seit Beginn oder seit Jahren im Peking-Prozess engagiert sind, kamen mit einem Gefühl der „Ownership“ in bezug auf die Aktionsplattform nach New York: sie hatten sie vor und in Peking erkämpft, sie streiten seitdem für ihre Umsetzung sowie für die Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik und von Frauenrechten von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Die Aktionsplattform sahen sie als Vision „einer Transformation von Machtverhältnissen.... von sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit, Entwicklung und Frieden. 15 Jahre später betrachten die Regierungen sie offenbar als technisches Instrument und ihre Substanz wurde entpolitisiert und verwässert“ heißt es in einem „Civil Society Statement“, das angestoßen von WIDE (Women in Development Europe) in der ersten Woche veröffentlicht und in kurzer Zeit von über 100 Frauenorganisationen weltweit unterzeichnet wurde.⁷

Zentrales Anliegen der NGOs war, sich den Peking-Prozess nicht aus der Hand nehmen zu lassen bzw. ihn nicht den langsam mahlenden Mühlen von Verwaltungen zu überlassen. Sie kamen nach New York, um Tempo zu machen, bei den Verhandlungen, bei der Umsetzung der Aktionsplattform und beim Aufbau der neuen UN-Gender-Einheit. Deshalb war die Empörung groß, dass das Ergebnis der FRK-Sitzung, die Deklaration, bereits vorab feststand. Das bedeutete nicht nur einen Rückschritt bezüglich Transparenz und

⁷ http://62.149.193.10/wide/download/Beijing15Statement_Final.pdf?id=1126

zivilgesellschaftliche Beteiligung, sondern auch ein Armutszeugnis in bezug auf Fortschritte in Sachen Frauenrechten und Geschlechtergleichheit.

Es kamen jedoch nicht nur Veteraninnen des Peking-Prozesses nach New York, sondern auch eine große Zahl junger Frauen. Sie bilden zunehmend eigene, recht informelle Netze, fordern für sich gleichzeitig aber auch Führungsrollen in den etablierten Frauenverbänden und –netzwerken, was angesichts der ausgeprägten Führungsansprüche der „alten“ Organisationsprofis sehr verständlich ist. Vor allem beim Thema sexuelle und reproduktive Rechte und LGBT-Rechte melden junge Frauen sich zu Wort und fordern den Einbezug junger Männer in die Bewegung. Es fällt auf, dass viele der jungen Frauen einen migrantischen Hintergrund haben. Sie fordern – so TIYE International, eine Plattform von schwarzen Frauen, Migrantinnen und Flüchtlingen - Gleichheit zwischen weißen und schwarzen Frauen und Partizipation schwarzer junger Frauen an Führungs- und Entscheidungsmacht.⁸

Wie jedes Jahr hatten sich auch wieder Pro-life-AktivistInnen unter die NGOs gemischt, die dafür werben, Mutterschaft anzunehmen und nicht abzutreiben. Erkennbar an gelben Taschen mit der Aufschrift „Save Motherhood“ waren sie allerdings dieses Mal weniger laut und offensiv als in früheren Jahren.

Themen und Debatten

In ihren Workshops, Caucussen (regelmäßige regionale oder themenspezifische Treffen) und Veranstaltungen mit UN-Organisationen machten die NGOs und Frauennetzwerke erneut eine große Bandbreite von Themen auf, die eine Vielfalt von Energien, Aktivitäten und Kämpfen spiegeln: von der gendersensiblen Hilfe für die Erbebenopfer in Haiti bis zur regierungskritischen iranischen Frauenbewegung, von Dialogen zwischen den Generationen bis zum globalen Monitoring von Gender-Stereotypen in den Medien, von Gewalt in bewaffneten Konflikten bis zur Frauenbeteiligung an politischer Dezentralisierung, vom Umgang mit religiösen Fundamentalismen bis zu den Rechten von Transsexuellen.

Während die Debatten über Gender und Entwicklung, Frauenrechte und die UN von einer großen Desillusionierung geprägt waren, klingt es eher nach erneutem Aufbruch, wenn Frauen von der Basis sich über ihre Initiativen und Kämpfe austauschen. Ihnen fehlt es nicht an Ideen, Ausdauer und Vertrauen auf die eigenen Kräfte. So haben Inderinnen kürzlich tagelang ein Frauenparlament geprobt und sind nun ganz sicher: Ohne Männer würden sie die bessere Politik und auch Frieden machen. Die alternative Nobelpreisträgerin Ruth Manorama hatte Frauen aus den Dörfern mit Expertinnen aus Universitäten zusammengebracht und mobilisiert nun für ein regionales Frauenparlament. Die pakistanische NGO Shirkat Ghah hat Frauen aus den Dörfern des Sindh nach New York gebracht, die begeistert davon berichten, dass die Regierung ihnen erstmalig Land zugeteilt hat, weil sie davon ausgeht, dass Land in Frauenhänden einen Zugewinn an Ernährungssicherheit garantiert. Frauen produzieren zuallererst für die eigene Versorgung und die lokalen Märkte, nicht für den Export.

Unter dem Dach der Gleichheitsforderungen gehen die Interessenschwerpunkte der Frauen weit auseinander. Die in New York stark vertretenen „Business and Professional Women“

⁸www.tiye-international.org

hatten vor allem Führungspositionen in Unternehmen und Entgeltgleichheit im Auge, für die meisten Afrikanerinnen haben immer noch Armutsbekämpfung, Landrechte und Ernährungssicherheit Vorrang. Nur ein Prozent des Landes, das Frauen bearbeiten, gehört ihnen (in Lateinamerika sind es immerhin 25 Prozent). Gleichzeitig findet in Afrika jedoch eine neokoloniale Landnahme durch ausländische Konzerne und Regierungen wie China statt, die dort Agrartreibstoffe oder Nahrungsmittel für weit entfernte Länder und den Weltmarkt anbauen.

Häufig laufen die Debatten Gefahr, einem stereotypen Schema von Frauen als Opfer oder Frauen als „die Besseren“ und „Retterin“ verhaftet zu bleiben. Zunehmend oft sind jedoch auch Stimmen zu hören, die differenzieren und die immer noch verbreitete Gleichsetzung von Gender mit Frauen kritisieren. „Gender ist ein offenes Konzept. Es gibt militarisierte Frauen, sorgende Männer und Menschen, die sich dazwischen bewegen,“ sagt die Gesundheitswissenschaftlerin Rose Petchesky. Immer häufiger melden sich LGBT-VertreterInnen zu Wort und fordern, dass ihre Rechte auch auf die politische Agenda gesetzt werden. In vielen Ländern haben Schwule in jüngster Vergangenheit Akzeptanz gewonnen, während Lesben häufig noch starke Diskriminierungen erfahren und Transgender Probleme meist weitgehend ignoriert werden.

Entwicklung und Klima

Aus Sicht der Frauennetzwerke hatten die Millennium-Entwicklungsziele ihnen bereits das Heft aus der Hand genommen, weil die MDGs die breite Frauenrechtsagenda der Pekinger Aktionsplattform auf einige wenige Ziele reduzierten. Deshalb fordern die NGO-Frauen, dass die gesamte Frauenrechtsagenda systematisch zur Grundlage für Armutsbekämpfung gemacht werden muss. Beim letzten MDG-Gipfel 2005 war es Frauen-NGOs durch massive Intervention gelungen, Frauenrechte als Querschnittsthema auf die Tagesordnung setzen. Dies planen sie beim nächsten MDG-Gipfel im Herbst 2010 erneut zu tun.

Seit der letzten Peking-Bilanz 2005 scheint sich der Fokus der UN-Agenda weiter verengt zu haben, nämlich auf Bildung, politische Repräsentation und Gewaltfreiheit. In vielen Bereichen ist es jedoch notwendig, auf die Basiskonzepte von vor 20 bis 30 Jahren zurückzugehen, so z.B. auf nachhaltige Entwicklung und „sustainable livelihood“ und auf Basisgesundheitsversorgung einschließlich reproduktiver Rechte. Denn die neoliberale Entwicklung, der sich auch die UN in den vergangenen Jahren verschrieben haben, hat diese Ziele nicht eingelöst. Die UN als Entwicklungsagent und Sachwalter von Menschenrechten ist schwach und nicht der Ort, wo die weltpolitisch wichtigsten Entscheidungen gefällt werden. Längst hat die Weltbank, der Protagonist eines neoliberalen Entwicklungskurses, als Hauptfinancier von Entwicklung und Klimawandel das Sagen. Zwar will auch sie Frauen in die Märkte integrieren, aber auf instrumentelle Weise als Arbeitskräfte und Konsumentinnen wie dies derzeit auch Nike und Bill Gates mit breitangelegten Werbekampagnen tun.

Die Enttäuschung über das Scheitern des Klimagipfels in Kopenhagen, das einen weiteren Bedeutungs- und Glaubwürdigkeitsverlust für die UN als Forum internationaler Politik bedeutete, wirkt nach. Auch in Kopenhagen gingen die Regierungsverhandlungen auf Distanz zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen. Zwar hat das Thema „Klima und Gender“ von Kyoto bis Kopenhagen große Wahrnehmungserfolge zu verbuchen. Es gelang, den rein technischen Blick auf Emissionen und Klimawandel und den beschränkten

Lösungsansatz mit Marktinstrumenten aufzuweichen und soziale und Gender-Fragen einzubeziehen. Aber hierüber gehen die Meinungen auseinander: Während Winnie Byanyima von UNDP fragt, wie Frauen an die enormen Mittel kommen können, die für Abschwächung von und Anpassung an Klimawandel fließen werden, spricht sich DAWN gegen alle Marktinstrumente als Lösungsansätze aus. Gemeinsam fordern Byanyima und DAWN allerdings einen entwicklungspolitischen Kurswechsel und eine Überwindung der Trennung von Entwicklungspolitik und Umweltpolitik, damit „Jeder Deal zum Klimawandel auch ein Deal zu Entwicklung wird“ und auf Klimagerechtigkeit orientiert.

An der Basis hat die *Feminist Task Force* des *Global Call for Action against Poverty* (GCAP) eine Serie von Tribunalen zu Armut und Klimagerechtigkeit von Peru bis Botswana durchgeführt, in denen Frauen Zeugnis über Probleme ablegen und Expertinnen politische Maßnahmen einfordern. Neben der besonderen Betroffenheit durch Naturkatastrophen und Dürren identifizierten die Frauen vor allem die spürbaren Auswirkungen von klimatischen Veränderungen auf Landwirtschaft, Biodiversität und Ernährungssicherheit als Bedrohung. Im Niger-Delta verursachen Öl-Multis durch ihre Bohrungen oder durch Unfälle wie Explosionen der Leitungen enorme Umweltschäden, die in der Folge auch die agrarische Lebensgrundlage der Bäuerinnen zerstörten. Inszenierte Tribunale und Hearings sind gut geeignet, öffentliches Bewusstsein zu erzeugen und die Mikro-Ebene des Alltagslebens der Frauen mit der politischen Makro-Ebene zu verknüpfen.

Für die nahe Zukunft stellt sich im Rahmen der UN die Frage, ob sich das Gender-Thema erneut – wie vor zwanzig Jahren – mit dem Thema Nachhaltigkeit verbinden lässt, denn in New York laufen bereits die Vorbereitungen für Rio+20, einen UN-Gipfel in Rio de Janeiro zwanzig Jahre nach der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992.

Krise: Chance vertan

Vor einem Jahr, bei der Sitzung der Frauenrechtskommission 2009, hatten die Regierungen verkündet, ihre Lektion gelernt zu haben: der Finanzmarkt müsse streng reguliert werden, damit es nicht zur nächsten Blase und zum nächsten Crash kommt. Sie wollten durch systematische Eingriffe verhindern, dass die Weltwirtschaft durch die Boni- und Profitgier völlig außer Kontrolle gerät. Das klang nach Einsicht und Kurswechsel. Doch die in New York versammelten Frauennetzwerke waren jetzt einhellig der Meinung, dass die Regierungen und internationalen Finanzinstitute diese Chance vertan hätten. Sie investierten Hunderte von Milliarden, um Banken wieder auf die Beine zu helfen, und sanierten marode Konzerne und männlich dominierte Sektoren wie die Auto-, Stahl- und Bauindustrie. So wurde das Wachstum mit öffentlichen Geldern angekurbelt, während im sozialen Bereich gespart werden muss, Frauenorganisationen die Mittel gestrichen und die Millennium Entwicklungsziele ausgetrocknet werden. Selbst Liu Bohong, die führende Genderforscherin Chinas, übte sich in seltener Regierungskritik und beklagte „Mangel an Geschlechtersensibilität“ in den chinesischen Konjunkturprogrammen.

„Jetzt stehen wir vor einem doppelten Problem,“ meint Gigi Francisco, Leiterin des Süd-Frauen-Netzwerks DAWN, „die Krise und die Konjunkturprogramme“. Während die Regierungen sich über Erholung der Wachstumszahlen freuen, wollen Frauenorganisationen nicht „weiter wie bisher“.

Mit Ausnahme weniger Länder, die wie China über große Reserven verfügten, sind die Staatsfinanzen in die Bredouille geraten. Je weniger „fiskalische Spielräume“ die Regierungen haben, desto mehr verschulden sie sich, desto weniger Spielräume haben sie für Konjunkturmaßnahmen und desto weniger investieren sie in den öffentlichen Sektor. Das hat fatale Folgen für die Gesundheitsversorgung und den Bildungssektor, was wiederum diejenigen Bevölkerungsgruppen trifft, die kein Geld haben, um Engpässen auszuweichen und Versorgungsmängel aufzufangen. Die internationale „Frauenarbeitsgruppe zur Finanzierung von Entwicklung“ hat im vergangenen Jahr bei den UN versucht, die Konjunkturmaßnahmen der Regierungen zu beeinflussen, und immer wieder gefordert, den Finanzmarktjongleuren strikte Regeln, ja Fesseln anzulegen und geschlechtersensible Stimuluspakete aufzulegen. Dies geschah in den wenigsten Fällen.

Die neun größten US-Banken, die 175 Milliarden Dollar aus dem staatlichen Rettungsfonds TARP erhielten, zahlten 2008 Boni im Wert von 32,6 Milliarden an führende Angestellte. Die Summe würde reichen, um folgendes zu finanzieren

- Für drei Jahre Kindergärten, universelle Grundschulbildung und Alphabetisierung von Erwachsenen in den 68 ärmsten Ländern,
- Aufstockung der US-amerikanischen Entwicklungshilfe von 0,18 % des BIP auf 0,41 %
- Erlass der Restschulden der Hochverschuldeten armen Länder (HIPC).

Quelle: <http://unioncsw.world-psi.org/>

Bilanz: die Krise ist überall anders

Alle Krisenanalysen zeigen eins deutlich: die zentrale Erkenntnis der Geschlechterforschung, dass wirtschaftliche Prozesse unterschiedlich auf Frauen und Männer wirken, muss weiter differenziert werden. Denn die Krise traf verschiedene Wirtschaftssektoren, Länder und Regionen unterschiedlich, je nachdem wie stark sie vom Außenhandel und dem globalen Finanzmarkt abhängig sind. In öffentlichen Debatten setzte häufig ein Wettbewerb um die Rolle als „Hauptopfer“ der Krise ein. Vor allem in den USA und der EU galten Männer als die Hauptopfer, weil zunächst mehr Arbeiter in den Exportindustrien erwerbslos wurden. Es ist allerdings kurzsichtig, nur auf die unmittelbaren Effekte und nur auf den Indikator Jobverlust zu schauen. Im Bergbau in Afrika sind formal nur Männer beschäftigt, die wegen sinkender Nachfrage arbeitslos wurden. Im Umfeld des Bergbaus arbeiten jedoch genauso viele Frauen, allerdings informell und statistisch nicht erfasst. Sie haben durch die Krise ebenfalls Verdiensteinbußen oder stehen unter Druck, von einer prekären Arbeit in eine noch prekärere, z.B. die Prostitution zu wechseln oder zu migrieren.⁹

Insgesamt verstärkt und beschleunigt die Krise bereits bestehende Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt. Immer weniger Männer können die Familie ernähren, sodass die Brotverdiener-Männlichkeit in eine Krise geraten ist. Dagegen gewinnt die (bezahlte) Arbeit von Frauen als Familienernährerinnen an Bedeutung. Um die Kosten zu reduzieren, werden immer mehr Frauen und auch Männer flexibel und prekär beschäftigt, Arbeitsrechte werden abgebaut, der Druck auf die Löhne steigt.

Das internationale Netzwerk Social Watch hat beobachtet, dass aus globaler Sicht Fortschritte in der Wirtschaft, die für Frauen seit der Peking-Konferenz erreicht wurden,

⁹ AWID legte 10 regionale und subregionale Studien zur Krise vor.

bereits vor der Krise zum Stillstand kamen oder bereits rückläufig waren. In nur 39 % von 163 untersuchten Ländern wurden Fortschritte verbucht, in 59 % aber Rückschritte, teilweise massive. Die Krise hat 2009 diesen Trend verschärft.¹⁰

Führungsmacht und alternative Entwicklungswege

Viele Länder des Südens und Ostens verfügen über reichlich Krisenerfahrungen. „Wir sind Expertinnen des Krisenmanagements“, sagt Norgul Djanaeva aus Kirgistan. Emily Sikazwe von „Women for Change“ in Sambia berichtet aus den Dörfern, dass die Frauen ihr Leben als eine Dauerkrise wahrnehmen, wo Ernährungsengpässe, Umweltschäden, Krankheiten, Notstände in den Haushaltskassen und das Schrumpfen des öffentlichen Sektors ihnen immer neue Überlebenskünste abverlangen. Sie fordern, dass sie an Entscheidungen über Krisenlösungen beteiligt werden, denn sonst setzen die Männer nur ihre Vorstellungen durch. Emily Sikazwe ist sicher, dass Frauen basisnahe, versorgungsorientierte Lösungen parat haben, und fordert flott: „Brüder, ihr werdet mit der Krise nicht fertig. Lasst uns mal machen.“

Die Forderung nach Gender-Balance in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen lief quer durch alle Debatten. Durch die Krise ist gleichzeitig der Ruf nach alternativen Wegen und anderen Entwicklungsmodellen erneut erstarkt. Zumindest für Afrika plädiert die Entwicklungsexpertin Achola Pala aus Kenya dafür, beim informellen Sektor von Kleinbäuerinnen und Straßenhändlerinnen anzusetzen, um ein alternatives Wirtschaftsmodell aufzubauen.

Eine neu gegründete Gruppe von Entwicklungsexpertinnen und Ökonominen nennt sich „Casablanca Dreamers“¹¹ und träumt von Wachstum, das sich an Bedürfnissen und Beschäftigung orientiert statt an Kapitalvermehrung, von einem Banken- und Finanzsystem, das sozial ausgerichtet ist, von Märkten und Handel, die Fairness und Menschenrechten als Spielregeln haben, und von einer Ausweitung statt einer Beschneidung des öffentlichen Sektors. Während die Vertreterinnen von Gewerkschaften ihr Schwergewicht auf Beschäftigung und Lohn legen, die „Business and Professional Women“ Unternehmertum von Frauen und Führungspositionen fest im Blick haben, stellen die Casablanca Dreamers erneut die Systemfrage: es darf nicht „weiter wie bisher“ gehen, sonst steht die nächste Krise vor der Tür.

Wie weiter?

Immer wieder fragen sich die NGOs, wie weit der Rechtsansatz und die normativen Setzungen der Aktionsplattform von Peking reichen können. Sind die UN überhaupt noch ein lohnenswertes Terrain für Frauenrechtskämpfe? Der Verlauf dieser Sitzung der Frauenrechtskommission, die neue Abschottung der Verhandlungen gegenüber NGOs und die alte Gender-Blindheit der UN, die sich bei der Besetzung der Beratergruppe für die Finanzierung des Klimawandels erneut schlagend zeigte, wirkten ernüchternd. Sie verhinderten wieder einmal, dass der Aktivismus und der Elan der lokalen Ebene, so wie sie sich erneut in vielen Workshops präsentierten, sich in Schlagkraft auf der internationalen Ebene übersetzt. Es herrscht Ratlosigkeit, wie Frauenrechte auf der

¹⁰ siehe: Social Watch /Cardona, Natalia/Duhabon, Elsa/Hamed, Amir (eds): Putting gender economics at the forefront. 15 years after the IV World Conference on Women. 06 Occasional Papers, Uruguay, March 2010

¹¹ www.wunrn.com/news/2010/02_10/02_15_10/021510_casablanca_files

internationalen Ebene vorwärtsgebracht werden können, zumal die Finanzierung von Frauenorganisationen längst zu einem existentiellen Problem geworden ist.